

Etienne Schneider • Felix Syrovatka*

Corona und die nächste Eurokrise

Zusammenfassung: Die Corona-Pandemie entwickelt sich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise. Dadurch droht eine neuerliche Eurokrise – Italien im Fokus. Die Eurokrise wurde in Südeuropa, trotz aller Stabilisierungsversuche, bis heute nicht überwunden, und institutionelle Reformen an der Architektur der Währungsunion waren in den vergangenen Jahren politisch blockiert. Vor diesem Hintergrund diskutiert der Artikel Gefahren und Chancen für progressive Akteure angesichts einer drohenden neuen Eurokrise.

Schlagwörter: Eurokrise, Corona-Pandemie, Europäische Währungsunion



Corona and the next euro crisis

Abstract: The corona pandemic is developing into a global economic crisis. This threatens to trigger a new eurozone crisis with Italy in the spotlight. The euro crisis in Southern Europe has not yet been overcome, and attempts to reform the institutional architecture of the monetary union have been blocked in recent years. Against this background, this article discusses dangers and opportunities that progressive actors are facing in light of a potential new euro crisis.

Keywords: Eurozone crisis, corona-pandemic, European Monetary Union

Die Corona-Krise wird gerne mit einem »externen Schock« (von der Leyen) oder einer Naturkatastrophe verglichen. Doch auch Pandemien fallen nicht einfach vom Himmel. Sie entwickeln sich in gesellschaftlichen Verhältnissen und damit verbundenen spezifischen Formen

des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. Das gilt bereits für die *Entstehung* der Epidemie. Kapitalistische Expansion und Landnahme befördern das Aufkommen von Infektionskrankheiten, die wie das SARS-CoV-2 zwischen Tier und Mensch übertragen werden. Durch die Abholzung von Wäldern für industriell-monokulturelle Landwirtschaft werden natürliche Barrieren durchbrochen, weil Wildtiere mit bislang unbekanntem Viren aus ihren Habitaten vertrieben werden und so in Kontakt mit Nutztieren und Menschen kommen (Liu u. a. 2014; Shah 2020).

* Etienne Schneider  promoviert zu den Konflikten im deutschen Machtblock über die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaftsintegration und ist PROKLA-Redakteur. | Felix Syrovatka  promoviert zur europäischen Arbeitsmarktpolitik und ist PROKLA-Redakteur.

Der Vergleich hinkt noch stärker, wenn man die globale *Ausbreitung* des Virus betrachtet. Nicht nur hat sich COVID-19 trotz Isolation ganzer Millionenstädte wegen der in den letzten Jahrzehnten immer stärkeren Einbindung Chinas in den kapitalistischen Weltmarkt rasant zu einer Pandemie ausweiten können. Entscheidend für die Ausbreitung in Europa war auch, dass die Austeritätspolitik seit der Krise die Gesundheitssysteme in vielen Ländern schwer beschädigt hat und viel zu spät konsequente Maßnahmen zur Eindämmung des Virus ergriffen wurden. In genau jenem Moment Anfang März, als die EU zur Abriegelung ihrer Außengrenzen nicht einmal mehr davor zurückschreckte, Griechenland bei der Außerkraftsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention zu unterstützen, setzte sich die Kommission vehement gegen Grenzschließungen innerhalb des Schengen-Raums zur Eindämmung von COVID-19 ein.¹ Offensichtlich galt der Erhalt der vier Grundfreiheiten (freier Personen-, Waren, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) – die symbolträchtigen Eckpfeiler des neoliberalen Binnenmarktprojekts (Ryner/Cafruny 2017) – als bedeutender als eine konsequente Eindämmung der drohenden Pandemie durch eine Verringerung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs.

Richtiggehend falsch ist der Vergleich der Corona-Krise mit einer Naturkatastrophe, wenn die sich nun entfaltende Wirtschafts- und Finanzkrise allein auf das Virus selbst und die Maß-

nahmen zu seiner Eindämmung zurückgeführt wird. Vielmehr legt die Pandemie bestehende neuralgische Punkte und Krisentendenzen offen. Beim Börsencrash Anfang März platzten in erster Linie Spekulationsblasen. Diese hatten sich vor dem Hintergrund einer schon länger schwachen Kapitalakkumulation und einem weltweiten Überangebot an Liquidität, vor allem im Zuge der historisch beispiellosen langfristigen Zinssenkungen und der *Quantitative-Easing*-Programme von Fed und Europäischer Zentralbank (EZB) gebildet (Lapavistas 2020). Vor allem der US-amerikanische Aktienmarkt galt seit Jahren als stark überbewertet.² Dem gegenüber stehen angehäufte Überkapazitäten in der industriellen Produktion, speziell im Automobilsektor, aber auch in der Chemie- und Stahlindustrie, welche seit Jahren nicht abgebaut wurden. In Deutschland war die Industrie bereits seit 2018 mit einer rückläufigen Wertschöpfung und einer Verwertungskrise konfrontiert (BDI 2019) – der Konjunkturzyklus, der nach der Weltfinanzkrise 2008 seinen Anfang nahm, neigte sich also spätestens 2019 seinem Ende entgegen.

Zugleich unterscheidet sich die Corona-Krise von der letzten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007. Während diese durch das Platzen der Subprime-Blase in den USA im Jahr 2006 ausgelöst wurde und von den Finanzmärkten auf den produktiven Kapitalkreislauf übergriff, kommen durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus eine Vielzahl »realwirtschaftlicher« Sektoren, insbesondere

1 »Risikoanalyse der EU: Brüssel lehnt Grenzkontrollen wegen Coronavirus ab«, <https://www.faz.net/> (27.2.2020).

2 »Dritthöchste Überbewertung der letzten 130 Jahre«, <https://www.nzz.ch/>(9.5.2017).

der Tourismussektor, die Gastronomie, die Luftfahrt und der Nichtlebensmittel-Handel fast vollständig zum Erliegen. Hinzu kommt die zeitweise Einstellung der Produktion in weiten Teilen der Industrie. Der Einbruch dieser Sektoren zieht durch die wegbrechende Nachfrage alle weiteren Sektoren in den Krisensog hinein (Lapavistas 2020).

Die damit verbundenen Kreditausfälle und der Preisverfall an den Anleihen- und Aktienmärkten wird das ohnehin schon fragile Banken- und Finanzsystem weiter unter Druck setzen. Zwar konnte durch das Eingreifen der Zentralbanken und der Lockerung von Regulierungsbestimmungen ein Übergreifen bislang verhindert werden, jedoch erscheint dies insbesondere in Europa mit jedem weiteren Tag des Ausnahmezustands schwieriger. Insbesondere verbriefte Kredite (z.B. sogenannte *leverage loans* und *collateralized loan obligations*) hoch verschuldeter Unternehmen könnten der Kern einer neuen Banken- und Finanzmarktcrise in Europa sein (IWF 2019).

Wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 droht aber auch die Corona-Krise durch die Architektur der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zusätzlich verschärft zu werden. Diese Eurokrise 2.0 könnte deutlich tiefer, härter und für die WWU existenzbedrohender verlaufen als die letzte Krise. Dafür gibt es mindestens drei Indizien: *Erstens* wurde die Eurokrise von 2008/2009 trotz anderweitiger offizieller Behauptungen nie vollständig überwunden. *Zweitens* wurden die grundlegenden Widersprüche bzw. »Konstruktionsfehler« der WWU trotz einer mittlerweile über acht Jahre

geführten Reformdiskussion nicht beseitigt. *Drittens* steht mit Italien – jenem Land, in dem sich die Widersprüche der WWU bereits seit Jahren auf besondere Weise verdichten (Sablowski u.a. 2018) – dieses Mal kein vergleichsweise kleines, peripheres Land wie Griechenland im Brennpunkt der Krise, sondern die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone.

Ewig schwelt die Eurokrise

Entgegen allen offiziellen Verlautbarungen der europäischen Institutionen wurde die Eurokrise nie gänzlich überwunden. Die Konjunkturentwicklung blieb schwach, das griechische Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im vergangenen Jahr auf dem Niveau von 2002. Aber auch Spanien, Portugal, Italien und selbst Frankreich konnten bis heute nicht ihr wirtschaftliches Vorkrisenniveau erreichen (IWF 2020). Die durchschnittlichen Reallöhne stagnierten oder sanken – wie in Spanien oder Italien – und die soziale Ungleichheit nahm zu, während die Staatsverschuldung explodierte. Allein Griechenland sitzt auf einem Schuldenberg von 180 Prozent seines BIP, was trotz des Schuldenschnitts im Jahr 2012 ein Plus von 38 Prozent gegenüber 2010 ausmacht (EZB 2020).

Die Politik der EZB überdeckte die so weiter schwelende Eurokrise. Zwar gelang es der EZB seit Mario Draghis Devise »*whatever it takes*« 2012 mit ihrem Anleihenkaufprogramm, die Risikoanschläge für südeuropäische Staatsanleihen zu senken und die akute Phase der Eurokrise zu beenden. Die tieferliegenden Krisentendenzen wurden aber nicht bearbeitet, sondern nur zeitweilig

unterdrückt. Immer wieder kam es zu sprunghaften Anstiegen der Risikoanschläge auf die Staatsanleihen – so für Italien rasant nach dem Ausbruch des Corona-Virus.

Blockierte Euro-Reform

Dass die südeuropäischen Mitgliedsstaaten durch die Corona-Krise auf den Finanzmärkten Anfang März erneut unter Druck gerieten, offenbart das historische Versagen der EU. Die europäischen Eliten haben den Konjunkturzyklus der letzten zehn Jahre verstreichen lassen, ohne die grundlegenden Widersprüche und »Konstruktionsfehler« der WWU zu beheben. Diese ergeben sich – grob vereinfacht – aus zwei Besonderheiten der Architektur der WWU. *Erstens* stehen der supranationalen Geldpolitik der EZB keine effektiven Mechanismen des Ausgleichs und der Risikoteilung gegenüber, das heißt Instrumente, die der Entwicklung von Ungleichgewichten zwischen Ländern und Regionen entgegenwirken. *Zweitens* darf die EZB wegen des verankerten Verbots der »monetären Staatsfinanzierung« anders als andere Zentralbanken nicht unmittelbar als »Kreditgeber letzter Instanz«, gegenüber den Euroländern auftreten, das heißt im Krisenfall unbegrenzt Staatsanleihen aufkaufen. Dadurch könnten die Euroländer im Prinzip zahlungsunfähig werden, was spekulative Attacken ermöglicht.

Diese Widersprüche wurden in der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 offensichtlich und sowohl von den europäischen Institutionen als auch von den europäischen Staats- und Regierungschefs intensiv diskutiert. Zen-

traler Gegenstand dieser Diskussion war seit 2012 die Einführung und der Ausbau von Mechanismen zur Risikoteilung und Konvergenz zwischen den Mitgliedsstaaten. Dazu gehörten insbesondere die Forderung nach gemeinsamen Staatsanleihen der Euroländer, sogenannte Eurobonds, die Schaffung des Postens eines europäischen Finanzministers samt einem umfangreichen Eurozonenbudget zur Förderung von Konvergenz und zum Ausgleich »asymmetrischer Schocks« sowie die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung im Euroraum (Übersicht siehe: Schneider/Syrovatka 2019).

Diese Forderungen, die vor allem von französischer und südeuropäischer Seite erhoben und in Deutschland von den Gewerkschaften unterstützt wurden, heben freilich den grundsätzlich krisenhaften Charakter kapitalistischer Akkumulation nicht auf, könnten aber dazu beitragen, dass die Widersprüche der WWU nun nicht abermals zum Brandbeschleuniger einer tieferliegenden Krise werden. Doch die Widerstände waren groß. Neben der »Hanseatischen Liga« aus den Niederlanden, Finnland und den baltischen Ländern (Guntrum 2019a) wurden die Reformvorschläge vor allem durch die deutsche Bundesregierung blockiert. Zwar betrachtet der deutsche Machtblock den Euro als zentrales Element seiner weltmarktorientierten Exportstrategie, die Kosten seiner Stabilisierung und Verteidigung sollten jedoch auf ein Minimum begrenzt und soweit wie möglich ausgelagert werden. Daher wurde in Südeuropa eine Austeritätspolitik durchgesetzt, die nicht nur soziale Infrastrukturen wie das Gesundheitssystem massiv be-

schädigte, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren erheblich schwächte (Sablowski u.a. 2018).

Verschärft werden die Widersprüche dadurch, dass die Finanzmärkte auch nach der Finanzkrise ab 2007 weitestgehend unreguliert blieben. Mehr noch: Die für diese Finanzkrise ursächlich verantwortliche Kreditverbriefung wurde durch die Kommission im Rahmen der Kapitalmarktunion wiederbelebt und mit der Einführung sogenannter STS³-Verbriefungen neue Finanzmarktrisiken geschaffen (Theobald u.a. 2017: 9-13). Auch eine europäische Finanztransaktionssteuer fehlt bis heute. Zugleich blieb die Europäische Bankenunion aufgrund des deutschen Widerstands weiter unvollendet. So fehlt bis heute eine europäische Einlagensicherung, eine Regulierung des Schattenbankensystems ebenso wie eine gemeinsame Letztsicherung (*backstop*) zur Abwicklung von Banken. Gerade diese wäre derzeit von zentraler Bedeutung, finden sich in den Bilanzen europäischer Banken doch nach wie vor notleidende Kredite in Höhe von 786 Milliarden Euro (EZB 2020). Die Corona-Krise trifft damit nicht nur auf eine fragile Währungsunion, sondern zugleich auf ein immer noch instabiles und unzureichend reguliertes europäisches Finanzsystem (Guntrum 2019b).

Italien als Epizentrum

Als wäre dies nicht bereits genug, nahm die Corona-Pandemie mit Italien auch

noch in jenem Land zuerst einen dramatischen Verlauf, in dem sich die Widersprüche der WWU schon seit Jahren verdichten (Sablowski u.a. 2018). Die italienische Industrie kam bereits vor der ersten Eurokrise massiv unter Druck, da die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch Währungsabwertung erhalten werden konnte (ebd.). Der industrielle Niedergang wurde durch die Krise noch verstärkt, Italien verwandelte sich innerhalb des Euroraums von einem überdurchschnittlich zu einem unterdurchschnittlich industrialisierten Land. Das BIP befindet sich heute auf dem Niveau von 2006. Im vierten Quartal 2019 schrumpfte die italienische Wirtschaft sogar um 0,3 Prozent, sodass Italien auch ohne die Corona-Pandemie in eine Rezession abgerutscht wäre (EZB 2020). Diese ökonomischen Krisentendenzen verschränkten sich mit der Erosion des traditionellen Parteiensystems und dem Aufstieg der Lega sowie der Fünf-Sterne-Bewegung zu einer politischen Krise.

Zu einer Staatsverschuldung mit 136 Prozent des BIP, die zweithöchste in der Eurozone, kommt in Italien ein enorm fragiles Banken- und Finanzsystem. Noch immer verstecken sich in den Bilanzen der Banken ausfallgefährdete Kredite in Höhe von knapp 350 Milliarden Euro, was in etwa sieben Prozent der Gesamtverbindlichkeiten entspricht (EZB 2020). Unternehmenspleiten im Kontext des Shutdown könnten daher eine Kaskade an Bankeninsolvenzen verursachen. Das Einspringen des italienischen Staates mit Rettungsprogrammen (*bailout*) scheint vor dem Hintergrund der geringen Größe des europäischen Abwicklungsfonds wahrscheinlich, zu-

3 STS ist die Abkürzung für *simple, transparent and standardised*.

mal eine Letztsicherung bzw. *backstop* für diesen Abwicklungsfonds noch immer fehlt. Dadurch droht abermals ein verheerender Teufelskreis von Banken- und Staatsschuldenkrise, welcher jedoch mit Italien die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone treffen und damit die Währungsunion insgesamt in den Abgrund reißen könnte.

Krisenbearbeitungen

Die Ereignisse der letzten Wochen überschlagen sich, und die Kontingenz der aktuellen historischen Situation macht es für progressive Akteure in Europa schwierig, sich auf zukünftige Auseinandersetzungen vorzubereiten. Bereits Mitte März sah sich die EZB gezwungen, mit einem bis dato beispiellosen Anleihekaufprogramm, dem *Pandemic Emergency Purchase Programme* (PEPP) im Umfang von 750 Milliarden Euro, dem rasanten Anstieg der Risikoaufschläge auf italienische Staatsanleihen entgegenzutreten und Draghis Devisen „*whatever it takes*“ von 2012 zu erneuern. Schon diese Entscheidung führte zu heftigen Konflikten innerhalb des EZB-Rates. Denn durch das PEPP könnte die EZB bald mehr als ein Drittel der gesamten Staatsanleihen einiger Länder halten, was ihr eine politisch heikle Sperrminorität bei der Frage etwaiger Schuldenrestrukturierungen verschaffen würde. Unklar ist, wie lange es der EZB gelingt, die Risikoaufschläge auf italienische und andere südeuropäische Staatsanleihen mit ihrem Anleiheprogramm nach unten zu drücken. Nachdem diese für italienische Staatsanleihen bis Ende März sanken, stiegen sie im April wieder deutlich an.

Damit jedoch stieg der Druck auf die Eurogruppe, sich auf Stabilisierungsmaßnahmen für die WWU zu einigen, wodurch die Konfrontation zwischen Nord- und Südeuropa eine neue Eskalationsstufe erreichte. Wie bereits in der ersten Eurokrise forderten Italien, Spanien und Frankreich gemeinsame Euroanleihen, die, ob befristet (Coronabonds) oder nicht (Eurobonds), die Schuldentragfähigkeit insbesondere Italiens verbessern sollen. Diese werden von Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Finnland bis heute vehement abgelehnt. Zudem ging es um die Frage, ob Kredite aus dem europäischen Rettungsschirm ESM mit den gleichen Konditionalitäten wie in der Vergangenheit einhergehen sollen, das heißt mit dem Zwang zu marktliberalen Strukturreformen.

Obwohl in der Frage der Coronabonds durchaus Risse im deutschen Machtblock auftraten – und sich vom arbeitgeberfinanzierten Institut der deutschen Wirtschaft (Matthes/Demary 2020) bis hin zum deutschen EZB-Ratsmitglied Isabel Schnabel Fürsprecher fanden⁴ – wurden diese vom nordeuropäischen Block um Deutschland Anfang April erfolgreich torpediert und bis auf Weiteres begraben. Im Gegenzug setzten die nordeuropäischen Mitgliedsstaaten durch, dass das 540 Milliarden schwere »Rettungspaket« der EU weitestgehend der Logik des Leitbilds der Stabilitätsunion folgt (Schneider/Syrovatka 2020). So wurde vereinbart, dass der Großteil des Geldes durch eine ESM-Kreditlinie

4 »Wir könnten noch viel mehr tun«. Isabel Schnabel im Interview«, <https://www.faz.net/> (23.3.2020).

bereitgestellt wird und zugleich nur zur Deckung von Kosten im Gesundheitssektor verwendet werden darf, womit der gesamtwirtschaftliche Effekt gering bleiben wird. Zudem sollen sich die ESM-Gremien auf »standardisierte Bedingungen« einigen, sodass der Konflikt über die Konditionalität von der politisierten Ebene des Europäischen Rates in den ESM als technokratisches Forum hineinverlagert wurde. Die anderen Maßnahmen – wie etwa die Arbeitslosenrückversicherung – bleiben zeitlich befristet und werden größtenteils durch die Umschichtung bestehender Mittel des EU-Haushalts oder durch Drittmittel finanziert. Dies bedeutet auch, dass abgesehen von einer vergleichsweise kleinen Erhöhung der Haftungssumme der Mitgliedsstaaten für das EU-Budget keine zusätzlichen Mittel mobilisiert werden. Hinzu kommt, dass alle Gelder als Kredite vergeben und damit rückzahlungspflichtig sind. Dies ist insofern relevant, als sich die Mitgliedsstaaten ebenso auf die strenge Einhaltung der Verschuldungsregeln nach der Pandemie verpflichten mussten.

Obwohl sich die Staats- und Regierungschefs darin einig sind, dass das europäische Maßnahmenpaket nicht ausreichen wird, blieben Formulierungen bis zur Drucklegung dieses Artikels über einen temporären »Wiederaufbaufonds« vage und wenig konkret. Aufgrund der starken Divergenzen innerhalb des Europäischen Rates wurde als Kompromiss Ende April beschlossen, die Kommission mit der Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen zu beauftragen. Wie aus der Presse bisher zu erfahren war, wird der Fonds juristisch auf der

EU-Beistandsklausel (Art. 122 AEUV) basieren und damit zeitlich befristet sein. Sein Fundament wird sich aus Zahlungen des EU-Haushalts und Kreditgarantien zusammensetzen. Die Besicherung von Privatkrediten soll durch die damit verbundene »Hebelfunktion« ermöglichen, das Volumen des Fonds auf über eine Billionen Euro künstlich aufzublähen.⁵ Ein solches finanzarithmetisches Vorgehen hätte jedoch mit der Einrichtung mittel- und langfristiger Ausgleichsmechanismen wenig zu tun.

Gefahren und Chancen

Unterm Strich konnten die Maßnahmen, insbesondere das Eingreifen der EZB, eine neuerliche Eskalation der Eurokrise bislang abwenden. Zugleich blieben sie in der Logik der Stabilitätsunion verhaftet. Alle Vorstöße in Richtung einer Fiskalunion wurden vom nordeuropäischen Staatenblock abgewehrt und eine grundlegende Rekonfiguration der WWU-Architektur verhindert. Auch wenn die Diskussionen über gemeinsame, gesamtschuldnerische Euroanleihen wohl nicht so bald abebben werden, scheinen sie mittelfristig nicht durchsetzbar zu sein. Vor diesem Hintergrund halten wir drei Szenarien für denkbar:

Szenario 1 – Auseinanderbrechen der Eurozone und Gefahr einer weitreichenden Renationalisierung: Obwohl ein Ausbruch einer neuerlichen Eurokrise zunächst abgewendet scheint, geraten italienische Banken durch massive Kredit-

⁵ »Corona-Hilfspaket: Warum die EU-Staaten uneins sind«, <https://www.faz.net> (23.4.2020).

ausfälle in den kommenden Monaten in eine gefährliche Schiefelage. Die Risikoaufläufe schnellen nach oben, spekulative Attacken gegen Italiens Zahlungsfähigkeit auf den Finanzmärkten setzen ein. Da der Zusammenhalt der Eurozone insgesamt angezweifelt wird, verschlechtern sich auch die Refinanzierungsbedingungen für Spanien, Griechenland und Portugal, da auch in diesen Ländern die Banken mit erheblichen Ausfallrisiken konfrontiert sind und die für die südeuropäischen Ökonomien bedeutende Tourismusbranche brachliegt. Auch Frankreich gerät dadurch unter Druck. Da sich der nordeuropäische Block weiterhin gegen jegliche gemeinsame Euroanleihen stemmt und eine nun notwendige Aufstockung des ESM und des Wiederaufbaufonds ablehnen, verlagert sich das Krisenmanagement noch stärker zur EZB. Dort eskalieren die Konflikte über das Anleiheprogramm, sodass letztlich auch die EZB der spekulativen Dynamik auf den Finanzmärkten gegen Italien und andere südeuropäische Mitgliedsstaaten nichts mehr entgegensetzen kann. Italien wird zahlungsunfähig, die Eurozone bricht auseinander oder schrumpft auf eine Kern- bzw. Rumpf-Eurozone aus den nordeuropäischen Ländern zusammen, möglicherweise unter Einschluss Frankreichs. Dieses Szenario ist denkbar, jedoch aufgrund der enormen Bedeutung des Euro für das weltmarktorientierte Kapital in Deutschland und für die geopolitische Rolle der EU insgesamt unwahrscheinlich.

Szenario 2 - Pragmatische Stabilisierung und neoliberaler Backlash: Die EZB stockt ihre Anleihekäufe immer weiter auf, anders als im Jahr 2010 unter-

drückt sie die Spekulationsdynamik gegen die schwächsten Mitgliedsländer der Eurozone damit gleich zu Beginn der Krise. Eine Eurokrise 2.0 steht zwar noch mehrere Monate im Raum, sie eskaliert jedoch nicht in gleicher Weise wie zwischen 2010 und 2012. Deutschland drängt die anderen nord-europäischen Mitgliedsländer zu einer Aufstockung des ESM, um den Bestand der Eurozone zusätzlich abzusichern. In diesem Zusammenhang erscheint es sogar möglich, dass die nordeuropäischen Mitgliedsstaaten auch der Ausgabe von befristeten Euroanleihen zustimmen (Pröbstl 2020). Ein solches Zugeständnis an die südeuropäischen Staaten wäre jedoch verbunden mit der strengen Kopplung der Gelder an den ESM. Somit würde der ESM – als zentrale Durchsetzungsvehikel der Austeritätspolitik in der letzten Krise – gegenüber dem Wiederaufbaufonds gestärkt und eine sukzessive Verschärfung des Prinzips der Konditionalität bei den Rettungsmaßnahmen ermöglicht. Denkbar ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass die nordeuropäischen Mitgliedsstaaten eine Verlagerung der Überwachungskompetenzen von der Europäischen Kommission zum ESM zur Bedingung für weitere Hilfen machen – eine Maßnahme, die vom deutschen Finanzministerium schon seit Längerem angedacht ist (BMF 2017). Sowohl die Aufstockung des ESM, mögliche Euroanleihen als auch unbegrenzte EZB-Anleihekäufe führen allerdings zu heftigen Konflikten im deutschen Machtblock und einem neuerlichen Erstarken der AfD. Um diese Risse im Machtblock zu kitten, pocht Deutschland darauf, dass die europäischen Fiskalregeln nach ih-

rer derzeitigen Aussetzung nicht nur möglichst bald wieder in Kraft gesetzt, sondern auch noch rigoroser durchgesetzt werden. Zentral für diese Strategie ist das Konzept der ökonomischen Resilienz, das bereits vor der Krise die europäische Wirtschaftspolitik beeinflusst hatte und den begrenzten fiskalischen Handlungsspielraum der Krisenländer problematisiert, ohne jedoch die Restriktionen des gemeinsamen Währungsraums zu thematisieren (Syrovatka 2019). Dementsprechend bietet die stark gestiegene Staatsverschuldung und die hohe Arbeitslosigkeit überall in Europa wie auch nach der letzten Krise die Rechtfertigung für drastische austeritätspolitische Einschnitte mit abermals verheerenden sozialen Folgen. Auch in Deutschland nutzen die neoliberalen Eliten die Krise, um weitere Einschnitte in den Sozialsystemen sowie eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durchzusetzen. Die bescheidenen klimapolitischen Errungenschaften (Kohleausstieg, Flottenemissionsziele) der vergangenen Jahre werden unter dem Vorwand verschleppt, dass »die Wirtschaft« so umfangreich und schnell wie möglich entlastet werden muss.

Szenario 3 – Die Krise als Möglichkeitsfenster für eine postneoliberale Politik der sozialen Infrastrukturen und der sozial-ökologischen Transformation: Die Krise entwickelt sich zunächst wie in Szenario 2. Die Erfahrung der Bedeutung eines gut funktionierenden öffentlichen Gesundheits- und Pflegesystems und anderer kritischer sozialer Infrastrukturen der Fundamentalökonomie hat sich durch die Corona-Krise aber derartig tief in das kollektive Bewusstsein eingeschrieben, dass sich an vielen Orten breite ge-

sellschaftliche Bündnisse gegen austeritätspolitische Einschnitte und für eine fundamentalökonomische Erneuerung organisieren (Foundational Economy Collective 2020). Einzelne Länder, unterstützt durch progressive Bündnisse in anderen Mitgliedstaaten, setzen sich auch nach ihrer Wiederinkraftsetzung gezielt über die Fiskalregeln im Sinne eines »strategischen Ungehorsams« (Schneider/Mittendrein 2017) hinweg, wodurch diese nach und nach unterhöhlt und letztlich fallengelassen werden. Anstelle von austeritätspolitischen Einschnitten werden die öffentlichen Haushalte einnahmeseitig, etwa durch die Einführung bzw. Erhöhung von Vermögens-, Erbschafts- und Bodenpreisteuersteuern konsolidiert und auf diese Weise auch die Finanzierung sozialer Infrastrukturen gesichert und sukzessive ausgebaut. Dadurch kann die Krise auch sozialpolitisch abgedefert werden. Dennoch brechen infolge der Krise relevante Produktionsstrukturen weg und wichtige Unternehmen werden mit öffentlichen Mitteln gestützt oder sogar verstaatlicht. Doch das bietet auch Chancen⁶ (Demirović 2020): Unternehmenshilfen können an die Umsetzung von Klimamaßnahmen gekoppelt und so Produktionsstrukturen sozial-ökologisch wiederaufgebaut und transformiert, Schlüsselbereiche der Wirtschaft können durch öffentliche Beteiligung demokratisiert werden – und letztlich kann auch die Abhängigkeit vom Weltmarkt, vor allem in so kritischen Bereichen wie der Versorgung

⁶ »Staatshilfen für die Luftfahrt nur unter bestimmten Bedingungen«, <https://www.wienerzeitung.at> (14.4.2020).

mit medizinischen Gütern, durch eine ausgleichende, bedürfnisorientierte Re-Regionalisierung der Produktion in Europa verringert werden.

Wir danken Alina Brad, Thomas Sablowski sowie der PROKLA-Redaktion für wichtige Anmerkungen.

Literatur

BDI (2019): Mini-Wachstum im dritten Quartal 2019. *Quartalsbericht Deutschland*. Berlin.

BMF (2017): Non-paper for paving the way towards a Stability Union. Brüssel.

Demirović, Alex (2020): In der Krise die Weichen stellen. Die Corona-Pandemie und die Perspektiven der Transformation. URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 28.4.2020.

EZB (2020): *ECB Data Warehouse*. Frankfurt/M.

Foundational Economy Collective (2020): *What comes after the Pandemic? A Ten-Point Platform for Foundational Renewal*. Manchester.

Guntrum, Simon (2019a): Frankreichs Widersacher, Deutschlands »bad cop«? In: *PROKLA* 194 49(1): 163-170. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i194.1773>.

– (2019b): Zurück in der Spur: Die europäische Finanzmarktintegration von der Krise bis zur Kapitalmarktunion. In: Bieling, Hans-Jürgen / Guntrum, Simon (Hg.): *Neue Segel, alter Kurs?* Wiesbaden: 139-174. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25037-9_6.

IWF (2019): *Global Financial Stability Report. Lower for Longer*. Washington/DC.

– (2020): *World Economic Outlook Database*. Washington/DC.

Lapavistas, Costas (2020): This Crisis Has Exposed the Absurdities of Neoliberalism. That Doesn't Mean It'll Destroy It. URL: <https://www.jacobinmag.com>, Zugriff: 27.4.2020.

Liu, Quan u.a. (2014): Major emerging and re-emerging zoonoses in China: a matter of global health and socioeconomic

development for 1.3 billion. In: *International Journal of Infectious Diseases* 25: 65-72. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ijid.2014.04.003>.

Matthes, Jürgen / Demary, Markus (2020): Hilfsinstrumente gegen die Corona-Krise im Vergleich. *IW-Kurzbericht* 33/2020. Köln.

Pröbstl, Julian (2020): ESM-Kredite statt Corona-Bonds. URL: <https://verfassungsblog.de>, Zugriff: 27.4.2020.

Ryner, Magnus/Cafruny, Alan W. (2017): *The European Union and Global Capitalism. Origins, Development, Crisis*. London.

Sablowski, Thomas u.a. (2018): Zehn Jahre Krise. Regulation des Lohnverhältnisses und ungleiche Entwicklung in der Europäischen Union. In: *PROKLA* 192 48(3): 357-380. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i192.893>.

Schneider, Etienne / Mittendrein, Lisa (2017): Strategischer Ungehorsam statt Reform-Austritt-Dilemma. In: Attac (Hg.): *Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist*. Wien: 208-218.

Schneider, Etienne / Syrovatka, Felix (2019): Die Europäische Wirtschaftsunion zwischen Vertiefung und Desintegration. In: Bieling, Hans-Jürgen / Guntrum, Simon (Hg.): *Neue Segel, alter Kurs?* Wiesbaden: 21-59. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25037-9_2.

– / – (2020): Eurodämmerung in der Corona-Krise. URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 27.4.2020.

Shah, Sonia (2020): Woher kommt das Coronavirus?. URL: <https://www.monde-diplomatique.de/>, Zugriff: 26.4.2020.

Syrovatka, Felix (2019): Resilienz oder die Fortschreibung neoliberaler Krisenbearbeitung. In: *PROKLA* 197 49(4): 597-615. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i197.1809>.

Theobald, Thomas / Tober, Silke / Lojak, Benjamin (2017): *IMK Finanzmarktstabilitätsreport 2016. Regulatorischen Fortschritt weiterentwickeln. IMK Report 121*. Düsseldorf.